

Gerhard Schürer

Schürer bei wikipedia [>>>](#)

(1921 – 2010)

deutscher Politiker, er war von 1965-1990 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR

Aus:

Gerhard Schürer, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie. edition ost im Verlag Das Neue Berlin, 2014

Das »Schürer-Papier«

Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen

Ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorzulegen, wird folgendes dargelegt:

I.

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. In einer zur Vorbereitung des XII. Parteitages ausgearbeiteten Analyse werden die auf vielen Gebieten erreichten bedeutenden Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ausführlich dargelegt, die hier nur zusammengefaßt eingeschätzt sind.

Es wurde ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkommens über einen Zeitraum von 17 Jahren in Höhe von rd. 4 % durchschnittlich jährlich realisiert, wobei sich das Wachstum in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Rückgang der produktiven Akkumulation verlangsamte.

Auf dem Wege der Intensivierung wurden volkswirtschaftlich wichtige qualitative Aufgaben gelöst. Beim Einsatz von Roh- und Werkstoffen verminderte sich der spezifische Verbrauch gegenüber 1980 auf 74 %, wobei die Zielstellungen des Fünfjahrplanes 1986-1990 zur Senkung des spezifischen Materialverbrauchs nicht erreicht wurden.

Bedeutende Ergebnisse wurden bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien erreicht. Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauele-

mente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird infolge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein Mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muß gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. Die weitere Entwicklung verlangt dringend die Vertiefung der Kooperation, besonders mit der UdSSR.

Durch steigende Leistungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion in der Landwirtschaft wurde der wachsende Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sowie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet. Die aufeinanderfolgenden unterdurchschnittlichen Ernten in den Jahren 1988 und 1989 erfordern jedoch wiederum Getreideimporte aus dem NSW, die durch hohe Anstrengungen in den vergangenen Jahren bereits abgelöst waren.

Das Verkehrswesen wurde mit dem Schwerpunkt der Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Eisenbahn entwickelt und die Elektrifizierung von 20 auf 40 % erhöht. Der Ausbau der Infrastruktur, darunter das Straßenwesen, mußte insgesamt aufgrund der zurückgehenden Akkumulationskraft vernachlässigt werden; der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch.

Das Realeinkommen der Bevölkerung verbesserte sich allein im Zeitraum 1980-1988, wo sich in vielen Ländern die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte, um 4,4 % durchschnittlich jährlich.

Das ist disproportional zum Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit 4,2 %.

Seit 1970 wurden mehr als 3 Millionen Wohnungen neugebaut bzw. rekonstruiert und damit für 9 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DDR, qualitativ neue Wohnbedingungen geschaffen. In-

folge der Konzentration der Mittel wurden zur gleichen Zeit dringendste Reparaturmaßnahmen nicht durchgeführt und in solchen Städten wie Leipzig, und besonders in Mittelstädten wie Görlitz u. a. gibt es Tausende von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind.

Auf der Grundlage unseres sozialistischen Planungssystems konnte eine Reihe wichtiger Reformen, insbesondere die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft in allen Hauptbereichen, rechtzeitig gewährleistet werden. Die Feststellung, daß wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. Durch neue Anforderungen, mit denen die DDR konfrontiert war, entstanden im Zusammenhang mit subjektiven Entscheidungen Disproportionen, denen mit einem System aufwendiger administrativer Methoden begegnet werden sollte. Dadurch entwickelte sich ein übermäßiger Planungs- und Verwaltungsaufwand. Die Selbständigkeit der Kombinate und wirtschaftlichen Einheiten sowie der Territorien wurde eingeschränkt. Die Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab, zwischen den Zweigen sowie die schnellere Entwicklung der Finalerzeugnisse gegenüber der Zulieferproduktion konnten dadurch jedoch nicht eingeschränkt werden. Die Bildung und Ausgestaltung der Kombinate war ein richtiger und bedeutender Schritt zur Entwicklung der Leitung und Planung. Die vorgegebene Strategie, daß die Kombinate alles selbst machen sollten, führte zu bedeutenden Effektivitätsverlusten; die sich aus der objektiv notwendigen Vertiefung der Arbeitsteilung und zunehmenden Kooperation ergebenden Effekte konnten nicht genutzt werden.

Dadurch trat u. a. eine Tendenz der Kostenerhöhung ein, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit abnahm. Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der »1000 kleinen Dinge« sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und

der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenwirtschaftung ist richtig. Diese Prinzipien können aber nur effektiv gestaltet werden, wenn reale Pläne mit entsprechenden Reserven in den Bilanzen die Grundlage sind. Nur unter diesen Bedingungen kann die Flexibilität und Beweglichkeit der Wirtschaft verbessert werden. Infolge der hohen Konsumtionsrate fehlen dazu jedoch materielle und finanzielle Mittel.

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muß im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf bedeutende Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

Die ökonomische Lage der DDR wird durch folgende Hauptfakten gekennzeichnet:

1. Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt.

Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9 % 1988 zurück.

Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den

70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9 % gleichgeblieben. Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970-1988 auf 122 % stieg, erhöhten sich die Investitionen im nichtproduzierenden Bereich einschließlich Wohnungsbau auf 200 %. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel auf den Wohnungs- und Gesellschaftsbau bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche, wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden.

Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen, darunter der Zulieferindustrie, geführt. Hinzu kommt, daß große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erreicht haben.

Auf einer Reihe von Gebieten sind modernste und hocheffektive Ausrüstungen vorhanden, z. B. in der Mikroelektronik, im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und auf Teilgebieten der Leichtindustrie, der Möbelindustrie sowie im Bereich Glas- und Keramikindustrie. Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 % 1975 auf 53,8 % 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 % auf 67 %, im Verkehrswesen von 48,4 % auf 52,1 % und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 % auf 61,3 %.

In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch uneffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch eine Ursache, daß der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 % etwa gleichblieb.

Zugleich war mit dem ungenügenden Einsatz von Nationaleinkommen für die Akkumulation in den produzierenden Bereichen verbunden, daß eine Reihe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht in die Produktion

überführt werden konnten und der Anteil des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des Produktionsverbrauchs, der 1981-1985 im Zusammenhang mit der Heizölablösung 30-35 % betrug, in der Folgezeit zurückging.

Der Rückgang der produktiven Akkumulation ist Hauptursache für das Abschwächen des Wachstumstempos der Produktion und des Nationaleinkommens, das vor allem ab 1986 wirksam wurde, sowie zunehmender Disproportionen. Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens 1986-1990 liegt voraussichtlich mit 3,6 % bei abnehmender Tendenz bedeutend unter den erreichten Ergebnissen bis 1985. Dieser Faktor des langjährigen Rückgangs der produktiven Akkumulation wird auch nach 1990 noch wirken.

2. Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, daß die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.

Hinzu kommt, daß das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte trotz eines hohen Niveaus der Versorgung zu Mangelerscheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang.

Betrachtet man als Basiszeitraum des nächsten Fünfjahresplanes die Jahre 1986-1989 zeigt sich folgendes Bild:

– Die Hauptkennziffern von Leistung und Verbrauch haben sich im Zeitraum 1986-1989 durchschnittlich jährlich wie folgt entwickelt:

Wachstum des Nationaleinkommens	3,6 %
Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung	4,0 %
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,3 %
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	4,5 %

Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt.

Der Fünfjahrplan 1986-1990 sah gegenüber dem Ist von voraussichtlich 3,6 % ein durchschnittlich jährliches Wachstum des Nationaleinkommens von 4,8 % vor. Die Differenz zur tatsächlichen Entwicklung beträgt 1986-1990 36 Mrd. M volkswirtschaftliches Endprodukt Der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion beträgt 88 Mrd. M.

Der Ausgleich zwischen diesem Leistungsrückstand und der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben führte zur Senkung der Akkumulation, zur Erhöhung der inneren Verschuldung und der zunehmenden Aufnahme ausländischer Kredite.

– Einer besonderen Beachtung bedarf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Warenfonds.

Die Nettogeldeinnahmen sind mit 4,3 % jährlich schneller gewachsen als der Warenfonds mit 4 %. Für den langfristigen Zeitraum 1980-1989 ergibt sich ein Verhältnis von 138,9 % Steigerung der Nettogeldeinnahmen zu 131,4 % Steigerung des Warenfonds. Das führte zu einem permanenten, sich ständig vergrößernden Kaufkraftüberhang.

Das Verhältnis der notwendigen schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Durchschnittslohn hat sich in diesem Zusammenhang abgeschwächt und im Jahre 1987 aufgrund des Zusammenfallens mehrerer ungünstiger Faktoren (strenger Winter, starke Ernteausfälle) umgekehrt. Für den Zeitraum 1986-1989 zeigt sich durchschnittlich jährlich folgendes Bild:

Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Entwicklung des Durchschnittslohnes

geplant	1,54 : 1
Ist	1,20 : 1

Die Entwicklung der Struktur der Konsumtion im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion und des im Parteiprogramm dazu formulierten Grundsatzes; daß die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sich auch weiterhin hauptsächlich über das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle vollziehen wird, zeigt folgendes:

- Während sich im Zeitraum 1986-1989 die Geldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich jährlich um 4,3 % erhöhten, sind die indirekten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, als wichtiger Bestandteil des Realeinkommens (oft auch zweite Lohntüte genannt) um 4,9 % durchschnittlich jährlich angewachsen.

Das Tempo der Entwicklung der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt einschließlich der Subventionen für Wohnungswesen, stabile Preise, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung beträgt 1986-1988 rund 7 % durchschnittlich jährlich.

- Aus der schnelleren Entwicklung der Nettogeldeinnahmen gegenüber den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung ergibt sich im Zeitraum 1986-1989 ein aktueller, direkt auf den Binnenmarkt wirkender Kaufkraftüberhang von 6,0 Mrd. Mark.

Das entspricht etwa dem Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung eines ganzen Jahres.

- Die Spareinlagen einschließlich Versicherungssparen erhöhten sich von 136 Mrd. M 1985 auf 175 Mrd. M Ende 1989. Das Wachstum beträgt damit durchschnittlich jährlich 6,5 %.

Die Zinszahlungen an die Bevölkerung betragen 1989 voraussichtlich 5 Mrd. M. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das Wachsen der Spareinlagen ist einerseits Ausdruck des Vertrauens der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Entwicklung und des Wunsches, mit wachsendem Lebensstandard über per-

sönliche Reserven zu verfügen, hängt aber andererseits zum Teil mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern, zusammen (PKW, HiFi-Anlagen u. ä.).

– Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystem entwickelten sich aufgrund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd. 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. 1980 und 123 Mrd. 1988.

In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so daß die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt.

Geldumlauf und die Kreditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Effektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, die Angleichung der Industrieabgabepreise an den im internationalen Vergleich zu hohen Aufwand sowie die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes haben zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt.

3. Der Fünfjahrplan 1986-1990 für das NSW wird in bedeutendem Umfang nicht erfüllt. Bereits in den Jahren 1971-1980 wurden für 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Das ist im Zusammenhang mit der dazu erforderlich gewordenen Kreditaufnahme und den Zinsen die Hauptursache des außergewöhnlich hohen Schuldenberges.

Ab 1981 wurden die Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandene Belastung der Zahlungsbilanz durch Einschränkungen der Importe zu verringern. Im Zeitraum 1981-1985 wurden Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung von Heizöl durch Braunkohle und Erdgas und den Export von Erdölprodukten zu günstigen Preisen erzielt.

Diese Exportüberschüsse ermöglichten, den »Sockel«

von 1980-1986 etwa auf gleichem Niveau in Höhe von 28 Mrd. VM zu halten. Ab 1986 gingen die Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Reduzierung der Preise für Erdölprodukte zurück; sie betrugen von 1986-1988 nur noch rd. 1 Mrd. VM, während allein die Kosten und Zinsen für Kredite in diesem Zeitraum etwa 13 Mrd. VM ausmachten. Das bedeutete eine grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR.

Die Exportziele des Fünfjahrplanes 1986-1990 werden aufgrund der fehlenden Leistung und ungenügenden Effektivität mit 14 Mrd. VM unterschritten und der Import mit rd. 15 Mrd. VM überschritten. Darin sind die durchgeführten Importe an Maschinen und Ausrüstungen im Umfang von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Mikroelektronik, enthalten.

Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuß im Zeitraum 1986-1990 von 6 Mrd. VM.

Das war mit einem schnellen Anstieg des »Sockels« auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d. h. auf 190 % gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des »Sockels« entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.

Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35 % der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65 % der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, daß die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d. h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmenszuwachses des Staatshaushaltes eingesetzt werden.

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienststrategie – das Verhältnis vom Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen – nicht

mehr als 25 % betragen sollte. Damit sollen 75 % der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen.

Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstrate von 150 %.

Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der »Sockel« wird bei einem NSW-Exportüberschuß von 0,3-0,5 Mrd. VM auf ca. 57 Mrd. VM Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Mrd. VM.

Wenn der Anstieg des »Sockels« verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25 bis 30 % erfordert.

Es wird eingeschätzt, daß zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen (in Mrd. VM):

1990	1991	1992	1993	1994	1995
2,0	4,6	6,7	9,2	10,2	11,3

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der »Sockel« wie folgt:

1990	1991	1992	1993	1994	1995
55,5	62,0	63,0	62,0	62,0	57,0

Für einen solchen Exportüberschuß bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.

Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der

Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

II.

Welche Schlußfolgerungen können angesichts dieser Situation vorgeschlagen werden?

1. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele, die für die Zukunft gestellt werden, müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.

Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich.

Die grundlegende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen. Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muß als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.

Grundlegende Aufgaben sind:

– Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen bereits mit dem Plan 1990.

– Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung des volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Export sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.

– Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Mißverhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d. h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.

– Als Grundfrage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht gebrachte Leistungen, Schlußerei und selbstverschuldete Verluste Abzüge vom Lohn und Einkommen.

– Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung einzusetzen, um eine bedeutende Einschränkung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlaß von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen.

– Zur Gewährleistung der Stabilität des Binnenmarktes und der Sicherung der NSW-Exportfonds müssen grundlegende Veränderungen in der Subventions- und Preispolitik erfolgen bei Erhaltung der sozial begründeten, den volkswirtschaftlich möglichen entsprechenden Maßnahmen.

Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendung und Spekulation führen, sind zu beseitigen.

Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung

der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, kaufkraftbindende Maßnahmen erforderlich.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung durch die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter sowie durch höhere Veredlung zum Beispiel eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.

– Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75 % aller Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen beansprucht.

Hinsichtlich des Wohnungsbaus ist vor allem auf der Grundlage der Nutzung der Kapazitäten in den Territorien schwerpunktmäßig die Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz zu sichern.

Modernisierung, Erhaltung und Neubau von Wohnungen, vor allem in den vorhandenen Wohngebieten, sind auf das engste mit der Wohnraumwirtschaft und der Wohnungspolitik als Ganzes zu verbinden.

Auf diese Weise ist eine wesentliche Erhöhung des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und eine Beschleunigung der Kostensenkung zu verwirklichen; durch Entwicklung der Produktionsstruktur mit hoher Devisenrentabilität muß der Beitrag zum National-einkommen erhöht werden.

2. Durchführung einer Wirtschaftsreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen

Als erster Schritt ist eine bedeutende Senkung des Planungs- und des Verwaltungsaufwandes auf allen Ebenen notwendig. Vorhandene Elemente einer bürokratischen Zentralisierung in Leitung und Planung, deren Bearbei-

tung und Lösung nicht in der Zentrale möglich und erforderlich sind, sind abzuschaffen und die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe wesentlich zu erhöhen.

Dazu gehören

– Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.

– Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3.800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen, die inhaltlich entscheidend sind und zentral beeinflußt und entschieden werden müssen. Gleichermaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rund 40 auf 25 einzuschränken. Die Möglichkeit der Abschaffung der Erneuerungspässe ist im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der bestehenden Pflichtenhefte zu prüfen.

– Die Bilanzierung der Erzeugnissortimente ist den Kombinat als Hauptproduzenten zu übertragen. Es darf keine formale Festlegung der Erneuerungsrate der Produktion geben.

– Die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für den Prozeß der Plandurchführung ist als Voraussetzung für flexibles Reagieren entsprechend den Bedürfnissen des inneren und äußeren Marktes im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Es müssen effektive Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR sowie international, besonders mit der UdSSR, organisiert werden.

Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate bzw. ihre Auslastung durch zentral bilanzierte Auflagen ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgliedert werden können.

– Die Verantwortung der Produzenten sowie der örtlichen Staatsorgane für die Deckung des Bedarfs, insbesondere an Erzeugnissen der 1000 kleinen Dinge, ist durch Schaffung besserer materieller Voraussetzungen für die

Klein- und Mittelbetriebe sowie für Handwerk und Gewerbe zu unterstützen; den ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage und entsprechender Preisbildung auf diesem Gebiet ist größerer Spielraum zu geben.

Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten.

Die Arbeitskräfteregelungen und die Investitionsmöglichkeiten sind großzügiger zu gestalten.

– Im Rahmen der auszuarbeitenden Grundsätze für die Eigenerwirtschaftung der Mittel durch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften einschließlich Handwerks- und Gewerbebetriebe ist ein Schwerpunkt darauf zu legen, Initiativen zur zusätzlichen Valutaerwirtschaftung materiell zu stimulieren. Sie sind an den Valutaerinnahmen zu beteiligen.

– Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg ist wesentlich zu erhöhen.

– Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.

Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.

III.

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen. Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR.

Nach Abstimmung der Rohstofflieferungen der UdSSR und der Bezahlware der DDR dafür ist als nächster Schritt die Koordinierung der Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung auf den Gebieten der Elektrotechnik und

Elektronik sowie des Maschinenbaus notwendig. Das gilt insbesondere für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höchstintegrierten Schaltkreise der Mikroelektronik und Rechentchnik.

Die Produktion und Lieferungen der DDR müssen von dem mit der Umgestaltung sich wesentlich ändernden Investitionsbedarf der UdSSR ausgehen. Dabei ist die Konversion von Betrieben der Verteidigungsindustrie zu unterstützen. Es darf keine Vorbehalte zu neuen Formen der Zusammenarbeit geben (gemeinsame Betriebe). Entscheidend ist die Berechnung von Aufwand und Nutzen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern ist die konstruktive Zusammenarbeit unabhängig von der Unterschiedlichkeit der eingeschlagenen Wege bei Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR konsequent fortzuführen. In den Rohstofflieferungen muß die Gegenseitigkeit und auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie die Arbeitsteilung unter Nutzung der vorhandenen Potenzen der DDR erweitert werden.

IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der im Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuß nicht sicherbar.

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr.

Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen. Aus diesem Grunde wird über die vorgenannten Schlußfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

4. Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Län-

dern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln:

a) Im Interesse der Stärkung der produktiven Akkumulation sind alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen und Firmen der BRD sowie anderen kapitalistischen Ländern zu prüfen mit dem Ziel, mehr Waren für den Außen- und Binnenmarkt aus der Leistungssteigerung bereitzustellen. Die Refinanzierung ist aus diesen Objekten zu gewährleisten, wobei ein ökonomischer Nutzen für die DDR bzw. ein Export auf Drittmärkte ermöglicht werden muß.

b) Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann.

c) Zur Modernisierung von mittleren und Kleinbetrieben sowie von Handwerk und Gewerbe, besonders in der Textilindustrie, der Schuhindustrie, Glas- und Keramik-, Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft, deren Produktion unmittelbar versorgungswirksam werden kann, sind Kredite aufzunehmen, die durch Leistungssteigerung dieser Betriebe fristgemäß refinanziert werden.

d) Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Partner liegt, interessiert.

e) Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, daß gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der

Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert. Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten II und III genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein, sondern beschleunigt werden. Alle Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaerinnahmen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2-3 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale der Jahre 1996-1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Untersetzung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist es erforderlich, durch die Staatliche Plankommission ein Gesamtkonzept der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum 1991-1995 auszuarbeiten und dem Politbüro im Dezember vorzulegen.

Die Verwirklichung der dargelegten Maßnahmen erfordert eine straffe staatliche Leitung und Organisation.

V.

Mit diesen im Abschnitt IV. dargelegten Vorschlägen lässt sich die DDR als Land des Sozialismus, als Mitglied des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe leiten von der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von der Politik des Dialogs der Vernunft und der Entspannung.

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus. Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.

Um der BRD den ernsthaften Willen der DDR zu unseren Vorschlägen bewußt zu machen, ist zu erklären, daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen. Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Mrd. Mark entstanden ist.

Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.

Nachwort

Von Herbert Graf

Mehr als zwanzig Jahre ist es her, dass Gerhard Schürer das Manuskript unter dem Titel »Gewagt und verloren«, den er mit dem Zusatz »Eine deutsche Biographie« versah, einem kleinen Verlag im Brandenburgischen, den es schon lange nicht mehr gibt, zur Veröffentlichung übergab. Das Buch wurde in den bewegten – oft stärker durch Emotionen als durch sachliche Erörterungen geprägten – 90er Jahren zu einem wichtigen Zeugnis über die ökonomische Entwicklung, die Krise und den Untergang der DDR.

Die kritische und selbstkritische Betrachtungsweise Schürers, der über 35 Jahre lang – und damit länger als jeder andere – Spitzenpositionen im Wirtschafts- und Planungssystem der DDR einnahm, offenbarte den interessierten Lesern die Lauterkeit seines Wesens, Schürers außerordentliche Sachkunde und die wahrhaft komplizierten Probleme der Tätigkeit als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR. Von der ersten bis zur letzten Zeile dieser Schrift spürte der Leser, wie die unmittelbaren Folgen des Niedergangs der DDR, die den Autor, der sich mutig und überzeugend seiner Verantwortung stellte, bewegten.

Gerhard Schürer war ein kluger Politiker, der die Probleme der Volkswirtschaft mit Scharfblick zu analysieren vermochte und der seinen Mitarbeitern ein beneidenswert guter Chef war. Die Achtung der Leistungen seiner Mitarbeiter und die Wertschätzung für die Partner in Ministerien und in Betrieben und Kombinatn der DDR kann der Leser in allen Kapiteln nachempfinden.

Zu den Aufgaben des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission gehörte die Leitung von Beratungen grundsätzlicher volkswirtschaftlicher Angelegenheiten. Schürer erwies sich dabei als ein Mann herausragender Souveränität. Er suchte den Konsens, verstand es, Streithähne zum Nachdenken zu bewegen und eigene Standpunkte oder auch volkswirtschaftlich unabdingbare Vorgaben überzeugend einzubringen.

Zur Praxis der volkswirtschaftlichen Planung in der DDR gehörte es, vor der Entscheidung der Gesamtaufgaben die zentralen Planprojekte mit den Bedingungen und Erfordernissen der Bezirke und der wichtigsten Wirtschaftsorgane abzustimmen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahren nahm ich an einer solchen Beratung im Bezirk Magdeburg teil, die Gerhard Schürer leitete. Jeder der Magdeburger Teilnehmer – ob aus der Industrie, dem Bauwesen oder aus den kommunalen Bereichen – trug seine Überlegungen und Forderungen an andere recht selbstbewusst vor. Anfangs schien es, als wären die volkswirtschaftlichen Ansätze mit den Interessen der bezirklich geleiteten Wirtschaftseinheiten und der kommunalen Organe mit den Möglichkeiten des Bauwesens *nicht* zu vereinbaren. Kompromisse waren erforderlich. Erst spät am Abend erreichte Schürer einen vertretbaren Konsens. Nicht alle Anliegen konnten dabei berücksichtigt werden. Schürer verstand die Kunst, dem Möglichen den Vorrang vor unerfüllbaren Erwartungen zu geben. Das bestätigten mir auch gute Freunde, die regelmäßig an Beratungen unter dem Vorsitz von Schürer teilnahmen.

Am Ende der Magdeburger Beratung lud mich Schürer ein, in seinem Wagen mit nach Berlin zurückzufahren. Natürlich wurde während der Fahrt über Probleme der gerade absolvierten Beratung gesprochen, auch über manche Beiträge recht aufgeregter Magdeburger Vertreter. Ich brachte mein Erstaunen darüber zum Ausdruck, welche Ruhe und Gelassenheit er dabei bewahrt hatte. Schürer

entgegnete, wenn man auf jeden groben Klotz einen groben Keil setzte, dann blieben oft nur Trümmer zurück, er aber müsse immer nach einer möglichen Lösung suchen. Außerdem, fügte er hinzu, brauche Planung einen langen Atem, und deshalb sollte der Vorsitzende der Plankommission dieses Amt lange Zeit ausüben können.

Als ich Jahrzehnte später sein Buch las, fand ich im dritten Kapitel diese Position wieder: »Mein Grundprinzip war«, so schrieb Schürer, »dass es gut für eine Sache ist, wenn der Kritiker recht hat und ich meine Auffassung entsprechend ändere.«

Ich erinnerte mich dabei auch an die andere Bemerkung von ihm im Auto, dass seine Vorgänger alle früh verstorben seien. Er wolle, das sein fester Wille, länger als diese leben. Heinrich Rau wurde 61 Jahre, Bruno Leuschner starb im 55. Lebensjahr, Karl Mewis wurde 80, Erich Apel erschoss sich mit 48 Jahren.

Gerhard Schürer verstarb 2010, fünf Monate vor seinem 90. Geburtstag. Er hatte dieses erklärte Ziel erreicht.

Als er gegangen war, schrieb der *Spiegel* in seinem Nachruf: »Ein Text, gerade 24 Seiten lang, katapultierte den gelernten Maschinenschlosser und späteren Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR in die Weltgeschichte. Seine Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen« habe fortan »das Schürer-Papier« geheißt. In ähnlicher Weise kommentierten andere bürgerliche Medien das Ableben des verdienten Wirtschaftslenkers und Politikers.

Dieses »Schürer-Papier« fand und findet bis heute das Interesse bundesdeutscher Politiker und Journalisten, weil darin Angaben zur vermeintlichen Auslandsverschuldung der DDR gemacht wurden. Die dort genannten 49 Milliarden Valutamark sind die wesentlichen Stützpfiler für die diffamierende These von der angeblich »maroden Wirtschaft der DDR«. Diese Propaganda hat allerdings zumindest zwei gravierende Schwachstellen.

Erstens betrug die tatsächliche Verschuldung der DDR in freien Valuta – wie die Bundesbank nach eingehenden Prüfungen in ihrem Bericht vom August 1999 feststellte – 19,9 Milliarden VM. *Zweitens* hatten die Staatsschulden der Bundesrepublik zur gleichen Zeit bereits die stattliche Höhe von 550 Milliarden D-Mark überschritten.

Während die Mehrzahl der Politiker und Journalisten mit der Zahl aus dem Schürer-Papier hausieren ging, stellte der Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* – Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt und Düsseldorf, wie es in der Eigenwerbung heißt – im Februar 1995 fest: »Die alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: Das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsschulden aus.«

Wer aber macht sich, wenn es um Urteile über die DDR geht, sachkundig, wer schlägt noch bei dem einst so geachteten Wolfram Engel nach? Wie locker und flockig wird heute in der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit der Verschuldungssumme von über zwei Billionen Euro (das Zweihundertfache des DDR-Valutadefizits 1989!) umgegangen. Wie unverfänglich hört es sich an, wenn angesichts der desaströsen Straßenverhältnisse, der Verarmung der Kulturlandschaft, der Defizite im Bildungsbereich, der Finanznot vieler Kommunen, der andauernden europäischen Währungskrise, der zurückgehenden Akkumulationsrate in wichtigen Bereichen der Wirtschaft und dem föderalen Chaos in der Energiewende salopp von einem »Sanierungsstau« geredet und geschrieben wird. Wann und wo wird in der Bundesrepublik Deutschland über die grundlegenden volkswirtschaftlichen Probleme nachgedacht und im Interesse der Zukunft das Notwendige und Machbare entschieden und umgesetzt? Wer annimmt, das könne im Deutschen Bundestag erfolgen, wird allein schon durch die Lektüre des 2014 erschienenen Buches von Roger Willemsen »Das Hohe Haus« von jedweder Illusion befreit.

In »Gewagt und verloren« hat Gerhard Schürer jenen, die mit seinem »Papier« hausieren gehen und damit gegen die DDR polemisieren, ins Stammbuch geschrieben, dass die Initiative für die kurzfristige Erarbeitung dieses Dokuments nicht von ihm (quasi im Sinne einer widerständigen Handlung gegen die SED-Spitze) ausgegangen, sondern dass dazu der Auftrag von dem am 18. Oktober 1989 gewählten Generalsekretär des ZK der SED Egon Krenz erteilt worden war.

Die Erarbeitung der am 30. Oktober übergebenen Beratungsvorlage erfolgte in einem nur wenige Tage umfassenden Zeitraum. Mit Gerhard Schürer steuerten erfahrene Kenner der Materie – Außenhandelsminister Gerhard Beil, der Chef des Bereiches Kommerzielle Koordinierung Alexander Schalck-Golodkowski, Finanzminister Ernst Höfner und der Leiter des Statistischen Zentralamts Arno Donda sowie der mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betraute Siegfried Wenzel – ihre Gedanken und Berechnungen zu dem Material bei. Sie stützten sich dabei auf Analysen, die in ihren Ämtern in Monaten, teilweise auch in Jahren im Ergebnis der normalen Verlaufskontrolle volkswirtschaftlicher Aufgabenstellungen entstanden waren bzw. die in Vorbereitung auf künftige Strategieberatungen in Arbeit waren.

Die parallelen und voneinander unabhängigen Abläufe und nicht kompatiblen Abrechnungsverfahren zwischen dem vom Ministerium für Außenhandel geleiteten und dem Bereich Kommerzielle Koordinierung obliegenden Außenhandelsaktivitäten ließen in den wenigen zur Verfügung stehenden Tagen der Erarbeitung des »Schürer-Papiers« offensichtlich eine endgültige Einschätzung noch nicht zu.

»Das wichtigste an diesem Oktober-Dokument 1989 war«, so Gerhard Schürer, »nicht, dass sich diese fünf Leute fanden und bereit waren, ungeschminkt die wirtschaftliche Lage der DDR zu charakterisieren, sondern dass es endlich

einen Generalsekretär der SED gab, der sie zur Kenntnis nahm und damit arbeitete.«

Gerhard Schürer hatte 1971 den Wechsel an der Spitze der SED von Walter Ulbricht zu Erich Honecker begrüßt. Aber schon ein Jahr später, als – ausgehend von den Entscheidungen des VIII. Parteitages – das »große sozialpolitische Programm« auszuarbeiten war, geriet der nüchterne Rechner und kluge Planer in einen ersten Konflikt mit dem neuen Ersten Sekretär. Schürer machte Honecker darauf aufmerksam, dass bei dem geplanten Wirtschaftswachstum dieses Programm »nicht finanzierbar sei und somit unvermeidlich zur Verschuldung führen muss«.

Die Antwort Honeckers: »Wenn die Staatliche Plankommission und die Regierung diese Meinung vertreten, dann sabotieren sie den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Niemand hat beschlossen, dass wir uns in kurzer Zeit entschulden wollen.«

Schürer kommentierte das in seinen Erinnerungen so: »Noch wollte ich nicht glauben, dass Erich Honecker ökonomisch so ungebildet war, um nicht zu verstehen, dass man mit 4 Prozent Wachstum der Leistungen nicht 5-7 Prozent Zuwachs des Lebensstandards bilanzieren kann.«

Diese Hoffnung Schürers auf Besserung erwies sich allerdings als trügerisch.

In den nachfolgenden 15 Jahren machte Schürer, gab er kritische Informationen an den Ersten Mann weiter, ausnahmslos schlechte Erfahrungen. Im März 1976 informierte er über sich verschlechternde makroökonomische Bedingungen und die daraus resultierenden negativen Folgen für die Zahlungsbilanz der DDR. Nach Jahresfrist, am 27. April 1977 – es war die Zeit, in der der Devisenengpass der DDR u. a. zu Einschränkungen des Kaffeeimports führte –, erfolgte eine Aussprache zwischen Honecker und Schürer, an der auch Mittag teilnahm. Die Notizen Schürers über dieses ernsthafte Gespräch lassen erkennen, wie Honecker auf die dargelegten Schwierigkeiten reagierte.

Die kaum nachvollziehbare Reaktion des Generalsekretärs lautete: »Die Ursache ist nicht der Kaffee- oder der Kakao-Preis. Die Ursache ist auch nicht, wie ihr schreibt, dass seit 1971 mehr verbraucht als produziert wird.«

Honecker ließ erkennen, dass unter den beschriebenen Gegebenheiten die Politik des VIII. Parteitag in Frage gestellt sei. Die Ursachen suchte er jedoch nicht im eigenen Handeln, sondern vorrangig mit der Unzuverlässigkeit der Partner im RGW zu erklären, die vereinbarte Lieferungen nicht erfüllt hätten.

Dessen ungeachtet lieferte Schürer in den Folgejahren weitere Analysen, verbunden mit Schlussfolgerungen. Sie wurden von Honecker zur Kenntnis genommen, nie aber zum Gegenstand einer kollektiven Beratung in der Parteiführung, in der Regierung oder in der Volkskammer der DDR gemacht.

Der Sachlichkeit halber sei an dieser Stelle angemerkt, dass Differenzen zwischen sachkundigen Ökonomen und Spitzenpolitikern keine Besonderheit sozialistischer Systeme waren und sind. Wie u. a. die permanenten Zweifel ausgewiesener Wirtschaftswissenschaftler an der Konstruktion des europäischen Währungssystems, die Debatte um die neoliberale Wirtschaftspolitik oder die Differenzen über Sinn und Schaden der Energiewende deutlich machen, bestehen zwischen den Berechnungen und Prognosen bewährter Fachleute und dem Regierungshandeln auch in pluralen parlamentarischen Demokratien nicht selten erkennbare Unterschiede. Positiv ist natürlich zu werten, dass die Debatten darüber weitgehend problemlos öffentlich geführt werden. Erkennbare Auswirkungen auf das Handeln der Regierenden haben diese kritischen Erörterungen, Beweise und Handlungsanregungen jedoch nur in recht seltenen Fällen.

Im April 1988 platzte dem sonst ausgeglichenen, auch duldfähigen Schürer offensichtlich der Kragen. Er sandte Honecker ein 23 Seiten umfassendes, grundlegen-

des Material, dessen Inhalt gegen eine Reihe vom XI. Parteitag beschlossener Thesen gerichtet war. Die Übermittlung der Analyse war verbunden mit der Bitte um eine Aussprache unter vier Augen. Dieses Gespräch wurde Schürer verweigert und das Material zur Stellungnahme an Mittag übergeben. Der ZK-Wirtschaftssekretär konterte die Aussagen Schürers in einer 30 Seiten umfassenden Stellungnahme, in der – wie Schürer feststellte – »meine Vorschläge mit Entstellungen, Halbwahrheiten, Lügen und Verleumdungen in Bausch und Bogen« abgeschmettert wurden. Das Ganze gipfelte in dem Satz: »Diesen Überlegungen des Genossen Schürer zu folgen würde bedeuten, in einem umfassenden Maße Beschlüsse des VIII. und des XI. Parteitages und somit die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage zu stellen.«

Die anschließende Zusammenkunft dazu charakterisierte Schürer als eisig. »Erich Honecker beendete die Beratung mit der Feststellung, dass Mittag in allen Punkten Recht hat.« Mit diesem Ergebnis war offensichtlich das vertrauensvolle Band, das zwischen Gerhard Schürer und Erich Honecker über Jahrzehnte existierte, endgültig zerrissen.

Beide hatten in der Mitte der 50er Jahre gemeinsam in Moskau studiert und sich gut verstanden. Nach dieser Ausbildung war Erich Honecker als Sekretär des ZK der SED auch für den Einsatz der Parteikader verantwortlich. Gerhard Schürer übernahm nach seiner Rückkehr die Leitung der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED. Als nach dem Tod Erich Apels 1965 die Funktion des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zu besetzen war, orientierte Walter Ulbricht darauf, dafür einen Wissenschaftler zu gewinnen.

Schürer bekennt in seinem Buch, wie Erich Honecker sein weiteres Leben beeinflusst hat. »So war es Erich Honecker, der beim Streit mit Walter Ulbricht über die Nachfolge Erich Apels als Vorsitzender der Plankommission

mich gegenüber einem Naturwissenschaftler favorisierte und der mir später half, die überhöhten Forderungen Ulbrichts [...] zu verhindern. Mach es doch einfach nicht, wenn es nicht geht, war sein Ratschlag, der nicht geholfen hätte, wenn er im Politbüro nicht die entsprechende Unterstützung dafür organisiert hätte.«

Diese Aufforderung an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, eine möglicherweise erforderliche kontroverse Debatte durch stille Renitenz zu ersetzen, vermittelt einen signifikanten Eindruck über die Tiefe der Gräben, die schon Ende 1965 zwischen Mitgliedern der Parteiführung existierten und über Methoden der Kontrahenten Ulbrichts.

Schürer war kein Gegner der Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Er schreibt in diesem Buch: »Seine beste Zeit hatte Ulbricht etwa zwischen 1962 und 1967, als er neue Ideen in die Politik einbrachte [...]. Er unterstützte Vorschläge zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität des Landes und trieb den Gedanken einer Leistungsgesellschaft voran, wie kein anderer zuvor oder nach ihm. Die Führung in Moskau begann sich schrittweise von Ulbricht zu distanzieren.« Wer jedoch die Liste der Ökonomen und Politiker, die das NÖS entwickelten, prägten und verteidigten, durchsieht, wird den Namen Gerhard Schürer nicht in der ersten Reihe finden.

Bei der desaströsen Beratung im April 1988 über die Vorschläge zur Korrektur der Wirtschaftspolitik lief für Schürer das Fass über. 1996 schrieb er dazu: »Heute glaube ich, dass es ein großer Fehler war, in dieser Situation nicht die notwendigen persönlichen Konsequenzen gezogen zu haben. Gewiss, es war ohnehin zu spät, und ich hätte damit nicht viel bewirkt, aber es wäre ein Signal gewesen.«

Nach dieser Erfahrung aber rang sich der kühle Rechner und Analytiker – der sich selbst nie als »aufsässig bzw. rebellisch« sah und »ständig auf Ausgleich bedacht« charakteri-

sierte – zu der Erkenntnis durch: »Honecker muss weg«. Er suchte das Gespräch mit Egon Krenz, der ihm zu verstehen gab, dass er mit seiner Meinung nicht allein stehe.

Das »Schürer-Papier« vom 30. Oktober 1989 war weit- aus mehr als eine Darstellung der damaligen Verschuldungssituation der DDR. Siegfried Wenzel – der Verantwortliche der Staatlichen Plankommission für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – veröffentlichte in den 90er Jahren dieses interessante Dokument im Wortlaut. Es war ein Dokument aufrechter Leute.

Fast ausnahmslos verzichteten die DDR-kritischen Kommentatoren auf die Mühe, Ursache, Inhalt und Zielrichtung des Papiers zu analysieren. Es war im Kern ein letzter, wenn auch um Jahre verspäteter Versuch, die fehlerhafte Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre rigoros zu überwinden und – wenn auch unter außerordentlich schwierigen Umständen – einen Neuanfang ohne Unterwerfung unter den Internationalen Währungsfond zu wagen. Für den weiteren Gang der Geschichte hatte das »Schürer-Papier« allerdings keine praktische Bedeutung. Es erzielte öffentliche Wirkung einzig durch seine einseitige und verzerrende Darstellung.

Eine um Jahre frühere reale Bilanz der wirtschaftlichen Probleme der DDR hätte – das erklärten die Autoren des »Schürer-Papiers« unumwunden – die Chancen einer wirksamen Wende zum Besseren erhöht. Sie erklärten, dass es 1985 eher möglich gewesen wäre, die Zahlungsbilanzprobleme des Landes – »wenn auch mit Anstrengungen« – konstruktiv zu lösen. Bei der Vorbereitung dieses Dokumentes waren sich die Verfasser mit hoher Wahrscheinlichkeit darüber im Klaren, welche Wirkung ihre Darlegungen auf die über fast zwei Jahrzehnte an Erfolgsdarstellungen gewöhnte und in Hinblick auf Selbstkritik abstinente Adressatenschar haben würde. Sie wählten kräftige Farben, zeichneten starke Kontraste, damit sich jeder des Ernstes der Lage bewusst wurde. Warum der Ver-

schuldungsumfang der DDR mit 49 Millionen VM weit-
aus höher ausgewiesen wurde, als er nach späteren Fest-
stellungen der Deutschen Bundesbank vom August 1999
tatsächlich war –, dafür gibt es nachvollziehbare, wenn
auch unterschiedliche Begründungen.

Siegfried Wenzel verweist darauf, dass Aktivitäten, Gut-
haben und Reserven des Bereichs Kommerzielle Koordi-
nierung strengster Geheimhaltung unterlagen und deshalb
am 30. Oktober nicht einbezogen werden konnten.

Egon Krenz erklärt es so: »Schürer und seine Genossen
spitzen zu, um die Wirtschaftsreform schnell auf den Weg
zu bringen. Wohl deshalb wurde die Lage von den Autoren
des Papiers etwas dramatisiert.«

Wie auch immer: Das »Schürer-Papier« war eine erste
tabulose, differenzierte Bilanz der Ergebnisse der Wirt-
schaftspolitik seit dem VIII. Parteitag 1971. Dazu gehörten
sowohl ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkom-
mens der DDR als auch der Bau und die Rekonstruktion
von mehr als drei Millionen Wohnungen, d. h. die Ver-
besserung der Wohnbedingungen für mehr als neun Mil-
lionen Menschen, also für mehr als die Hälfte der Bevöl-
kerung der DDR.

Kritisch wurde der Rückgang der Akkumulationsrate
besonders bei produktiven Investitionen eingeschätzt. Zu-
sammenfassend wurde nachgewiesen, dass seit dem VIII.
Parteitag der Verbrauch schneller gewachsen war als die
eigenen Leistungen. »Das bedeutet, dass die Sozialpolitik
seit dem VIII. Parteitag nicht im vollen Umfang auf eigen-
en Leistungen beruhte, sondern zu einer wachsenden Ver-
schuldung im NSW führte.«

Damit war zwar der Damm, den Erich Honecker und
Günter Mittag gegen eine reale Einschätzung der wirt-
schaftlichen Situation im Leitungsgremium der Partei und
des Staates errichtet und verdichtet hatten, gebrochen. Für
eine wirkliche Lösung aber kamen die Analyse und die
Handlungsvorschläge zu spät.

Die internationale Aktion zur Veränderung der politi-
schen Verhältnisse in den Staaten Osteuropas – anders
gesagt: zur Beseitigung der sozialistischen Verhältnisse –
war zur Zeit der Erarbeitung des »Schürer-Papiers« längst
angelaufen. Die ersten Nachweise dafür kamen allerdings
erst Jahre nach der Drucklegung von »Gewagt und verlo-
ren« u. a. durch die amerikanischen Diplomaten und
Historiker Michael R. Beschloss und Strobe Talbot ans
Licht der Öffentlichkeit.

Nach Vorgesprächen zwischen Kissinger, Jakowlew und
Gorbatschow im Herbst 1988 beschloss der Sicherheitsrat
der USA im Februar 1989 ein 31 Seiten umfassendes
Papier unter der Bezeichnung NSR-3. Darin wurde die
Strategie zur Beseitigung der sozialistischen Staatsordnun-
gen in Europa in den Grundzügen definiert. Der Sicher-
heitsberater des US-Präsidenten General Scowcroft be-
kannte offen, »dass zum ersten Mal die Gelegenheit
gekommen sei, das zu vollbringen, wovon frühere Präsi-
denten nur hätten träumén können – Osteuropa in den
Schoß des Westens zurückzuführen«.

Ohne Kenntnis dieser internationalen Strategie, die
nachweislich umgesetzt wurde, konzentrierte sich Gerhard
Schürer – wie viele andere Autoren auch – in seinen Erin-
nerungen darauf, die Ursachen des Untergangs der DDR
allein in Mängeln des sozialistischen Systems sowjetischer
Prägung zu suchen. Zweifellos haben besonders die unzu-
reichende Regenerationsfähigkeit der führenden Parteien
der sozialistischen Staaten, die fast uneingeschränkte Macht
der Generalsekretäre, die unververtretbaren Defizite an inner-
parteilicher Kommunikation, an sozialistischer Demokratie
und an der Fähigkeit zum Dialog mit Gleichgesinnten und
mit Andersdenkenden zur Erosion, zum Schwinden der
Erneuerungs- und Widerstandsfähigkeit der sozialistischen
Staaten beigetragen. Die Stärke der inneren Kräfte wie auch
der Grad der inneren Mängel im politischen System waren
bekanntlich nicht in allen Ländern des Warschauer Vertra-

ges in gleicher Weise ausgeprägt. Unterschiede zwischen der Lage in Polen, in der DDR oder in Bulgarien waren über Jahrzehnte unverkennbar. Dennoch wurde die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Staaten in einer großen konzertierten Aktion innerhalb weniger Monate erreicht.

Dass dies allein dem spontanen Wirken von Kräften auf Straßen und Plätzen geschuldet war, die in der ersten Phase Mitstreiter unter der Losung eines verbesserten Sozialismus suchten und fanden, um kurz danach die kapitalistische Marktwirtschaft zum Alleinseligmachenden zu erklären, ist eine sehr weltfremde Interpretation.

Gerhard Schürer hat in den ersten Nachwendejahren geschrieben, in einer Zeit, die von einseitigen Informationen geprägt und von der permanenten Verketzerung des Sozialismus bestimmt waren. Alles, was mit der DDR zu tun hatte, wurde kritisch hinterfragt. Der herrschenden Meinung jener Jahre hatte der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama – er arbeitete damals für die Denkfabrik RAND Corporation und für die US-Regierung – mit seinem 1992 erschienenen Buch »The End of History and the Last Man« den Stempel aufgedrückt. Mit seinem Theorem vom Ende der Geschichte verband Fukuyama die illusionäre Vorstellung, dass nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gemeinschaft künftig Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft sich allerwärts auf der Welt durchsetzen würden. In diesem Klima galt es als Sakrileg, die Zukunftsfähigkeit des kapitalistischen Marktwirtschaftssystems infrage zu stellen.

Der überzeugte Sozialist Gerhard Schürer wandte sich in seinem Buch immer wieder den Problemen des Eigentums an Produktionsmitteln zu. Könnte er diese Frage aus der Sicht heutiger Entwicklungen und Kenntnisse noch einmal untersuchen, würde er sich mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Einschätzung von Papst Franziskus solidarisieren. In einem Pastoral Schreiben vom November 2013

charakterisierte Franziskus das derzeitige Marktwirtschaftssystem so: »Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtige den Schwachen zunichte macht.« Man müsse heute »Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und Disparität der Einkommen« sagen. »Diese Wirtschaft tötet.«

Mit dieser fundamentalen Kritik des realen Kapitalismus unserer Zeit ist zwar noch keine Lösung für die Zukunft beschrieben. Aber es ist ein markanter Aufruf zu einem »Nicht weiter so!« Jedes Projekt einer gerechten Gesellschaft wird nur tragfähig sein, wenn die Allmacht des Kapitals insbesondere im Bereich der Daseinsfürsorge durch Vergesellschaftung wesentlich eingeschränkt wird. Nicht auszuschließen dabei sind bei der Schaffung und Entwicklung sozialistischen Eigentums gemachte Erfahrungen, auch um die inzwischen erkannten Irrtümer, Probleme und Fehler zu vermeiden.

Fraglich wird auch bleiben, ob aus der Sicht des 21. Jahrhunderts und des Vorgehens der Bundesrepublik bei der Überstülpung ihres politischen, wirtschaftlichen und Rechtssystems Gerhard Schürer den Gedanken einer Konföderation beider deutscher Staaten so viel Sympathie entgegenbringen würde, wie in seiner Nachbetrachtung in den ersten Nachwendejahren. Dagegen spricht so manche inzwischen gesicherte Tatsache.

Wenn vor allem im Kreis einiger Wirtschaftsfachleute der DDR in den 80er Jahren von einer Kooperation mit der Bundesrepublik die Rede war, dann ging es in den meisten Fällen vorrangig um Überlegungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, kaum um die komplizierte, unerprobte Konstruktion einer Staatenkonföderation. Schließlich liegen in der Geschichte des modernen Völkerrechts kaum Erfahrungen für die Bildung und Gestaltung einer Staatenkonföderation vor. Bekannt sind Konföderationen im Mittelalter in Irland und den Nieder-

landen, 1806 der Rheinbund, zwischen 1823 und 1838 in Amerika, 1866/67 im Norddeutschen Bund und in der Schweiz (die tatsächlich ein Bundesstaat ist und vorwiegend aus traditionellen Gründen Konföderation genannt wird). Aus dem 20. Jahrhundert ist allein die zwischen 1982 und 1989 vereinbarte Konföderation von Senegal und Gambia (Senegambia) bekannt, die sich in wenigen Jahren als nicht überlebensfähig erwies. In all diesen Fällen entstand die Konföderation in einem längeren historischen Prozess, in dem sich Staaten mit weitgehend analogen gesellschaftlichen Strukturen einander näherten.

Ein Sonderfall aus den letzten Jahrzehnten ist die staatsrechtliche Lösung, die 1997 für China und Hongkong gefunden wurde. Das kaiserliche China hatte nach den Opiumkriegen den Stadtteil Kowloon an die britischen Besatzer abgetreten. Am 9. Juni 1898 wurde das Gebiet nördlich Kowloons (die *New Territories*) sowie 235 weitere kleine Inseln für 99 Jahre an Großbritannien verpachtet. Die Pachtzeit lief gegen Ende des 20. Jahrhunderts aus. Trotz dieser klaren Rechtslage wurden von 1982 bis 1997 zwischen China und Großbritannien komplizierte, immer wieder unterbrochene Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs nach Ablauf des Pachtvertrages geführt. Zu den kompliziertesten Problemen gehörte die Antwort auf die Frage, wie ein Zusammengehen zwischen dem sozialistischen Mutterland und der von der Hochfinanz beherrschten kapitalistischen britischen Kronkolonie praktisch erfolgen kann. Schließlich einigte man sich auf den Vorschlag der chinesischen Seite, der da lautete: »Ein Land – zwei Systeme«. Die Gültigkeit dieses Prinzips wurde für einen Zeitraum von 50 Jahren vereinbart. Wie die inzwischen mehr als 15-jährigen Erfahrungen zeigen, bewährt sich dieses Modell.

Eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nach diesem Prinzip »Ein Land – zwei Systeme« wäre

von westdeutscher Seite keinesfalls akzeptiert worden. Die seit dem 23. Mai 1949 geltende Verfassung der Bundesrepublik sah in Artikel 23 als einzige Lösung für die Zusammenführung deutscher Staaten den Beitritt und die Übernahme der Grundgesetzes der BRD vor.

Eine Debatte über eine anzustrebende Konföderation der beiden deutschen Nachkriegsstaaten gab es bekanntlich 1956/57 und auch 1989/90. Sie wurde jeweils vom Zuspruch vor allem intellektueller Kreise begleitet. Für die politisch Verantwortlichen der bundesdeutschen Seite war das Projekt einer Konföderation zwischen der BRD und der DDR weder in den 50er Jahren noch in der Krise der DDR 1989 eine Option. Es war allenfalls Element eines Verwirrspiels. Das bestätigte der *Spiegel* im Dezember 1989. Kohls Gerede von einer Konföderation »sollte die Sowjets, DDR-Offizielle und die Mehrzahl der DDR-Oppositionellen beruhigen, die sich gegen einen glatten Anschluss der DDR an die kapitalistische Bundesrepublik stemmen«. Staatsziel der Bundesrepublik war es von ihrer Gründung an, Ostdeutschland, später DDR, in das bundesdeutsche System einzuverleiben. Das gelang 1990. Konföderationsdebatten gehörten demnach zum publizistischen Beiwerk. Sie hatten real keine Chance.

Wann immer die DDR Ideen für eine deutsche Konföderation vorgestellt hätte, wären sie mit hoher Wahrscheinlichkeit weder in Bonn noch im Bündnis des Warschauer Vertrages auf Zustimmung gestoßen. Bonn wollte gemäß seinem Grundgesetz-Verständnis nichts anderes als eine Vereinigung bei uneingeschränkter Erhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems einschließlich der NATO-Bindung der Bundesrepublik. Und Moskau hätte ein Ausscheren der DDR aus dem Bündnissystem nicht zugelassen. Das hätte die in der Mitte des 20. Jahrhunderts geschaffene Sicherheitsarchitektur an entscheidender Stelle beschädigt. Bekanntlich wurde jedwede Aktivität im Bereich der Beziehungen der DDR mit der BRD von Mos-

kau stets kritisch begleitet. Auch, um sich freie Hand zu sichern in der Gestaltung der eigenen Beziehung zur BRD. Das wusste man auch in Bonn. Schließlich wurde von allen bunderepublikanischen Regierungen über den »Schlüssel zur deutschen Einheit« immer mit Moskau, nie mit Berlin verhandelt.

In der Endphase der DDR verfolgte die politische Führung unter Gorbatschow zudem erkennbar das Ziel, als Hauptverhandlungspartner des Westens und Signatarmacht des Potsdamer Abkommens die Aufgabe des Bündnispartners DDR und den Verzicht auf die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges erreichten geostrategischen Positionen in bare Münze zu verwandeln.

Zukunftsvisionen, Wünsche und Erwartungen bestimmen das letzte Kapitel von Gerhard Schürers Schrift »Gewagt und verloren«. »Ich wünsche mir eine Welt des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Humanismus, der Solidarität, der Nächstenliebe und Arbeit für alle«, schreibt er. »Die Waffen der Politik, der Ideologen und Religionen sollte das Argument sein und nicht Gewehre, Bomben und Granaten [...]. Wünschen würde ich mir, dass alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland vor dem Gesetz gleich sind, sowohl in ihren Rechten als auch in ihren Pflichten. Dem entgegenstehende Bestimmungen der Ausgrenzung von Bürgern der früheren DDR wegen Staatsnähe, Parteizugehörigkeit, Tätigkeit in den Sicherheitsorganen und anderes sollten aufgehoben werden. [...]

Bei aller Bedeutung der Medien für das tägliche Funktionieren der Demokratie sollte die Tendenz verhindert werden, dass sie sich zu einer Art vierter Gewalt entwickeln. [...] Weiterhin würde ich mir wünschen, dass junge Menschen früher als bisher üblich leitende Funktionen übernehmen und dass Weltoffenheit, Kultur, Kunst und Ethik gefördert werden und menschliche Wärme stärker in die Gesellschaft einzieht.«

Zwei Jahrzehnte sind vergangen, seit der kluge Rechner und gütige Mensch Gerhard Schürer seine Zukunftserwartungen zu Papier gebracht hat. Die Erfüllung seiner Wünsche liegt noch in weiter Ferne.

Die Angleichung der Bedingungen für die einstigen Bürger der DDR an die der Westdeutschen lässt im »vereinten Vaterland« noch immer auf sich warten. Weder Löhne noch Renten sind einander angepasst, eine Ausgrenzung wegen vormaliger »Staatsnähe« in der DDR gibt es noch immer. Ungebändigte Mächte des Kapitals haben in den vergangenen Jahren die sozialen Widersprüche und Probleme in allen Kontinenten anwachsen lassen. Zahlreiche Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen erschütterten die Menschheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Philosophen, Politiker und Journalisten reden dem Individualismus das Wort. Selbstverwirklichung wurde zum Fanal eines oft grenzenlosen Individualismus. Gemeinschaftsinn und Solidarität gelten unter diesen Umständen nicht selten als kommunistische Relikte.

Die von Schürer erhoffte Humanisierung, seine Erwartung, dass Wärme in die Gesellschaft einziehen werde, ist nicht eingetreten. Wie auch: Unter den Bedingungen eines global operierenden Finanzkapitals, das nicht selten auch zu militanten Lösungen greift, ist das offensichtlich nicht zu realisieren. Es bleibt die in einem sehr alten Lied formulierte Hoffnung: »Geschlagen zogen wir nach Haus. / Unsre Enkel fechten's besser aus.«